



**Gesuch um Zulassung zum Ausbildungsgang für die Laufbahn der
Fachlehrerin / des Fachlehrers an Förderschulen bei der
Bezirksregierung Köln**

1 Angaben zur Person

Familienname	
Geburtsname	
Vorname	
Geburtsdatum	
Anschrift	
Telefon	
Staatsangehörigkeit	
Familienstand	
Zahl der Kinder	
Konfession	

2 Angaben zur Ausbildung

Schulabschluss	
Berufsausbildung (Abschlüsse)	
Hauptberufliche Tätigkeit(en)	
Gewünschter Ausbildungsbereich (bitte ankreuzen)	
<input type="checkbox"/>	geistig behinderte Schüler/innen
<input type="checkbox"/>	körperlich behinderte Schüler/innen



- | | |
|--------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> | vorschulische Erziehung von sehgeschädigten Kindern |
| <input type="checkbox"/> | vorschulische Erziehung von hörgeschädigten Kindern |

3 Übersicht über die Bewerbungsunterlagen

Name und Anschrift der Bewerberin/des Bewerbers

Folgende Unterlagen sind in der Reihenfolge der Aufzählung dieser Übersicht beigeheftet:

- 1. eigenhändig unterschriebenes Gesuch mit Anlage: Angaben zu hauptberuflichen Tätigkeiten
- 2. ein Lichtbild (4 x 6 cm) aus neuester Zeit mit Unterschrift und Anschrift auf der Rückseite
- 3. ein eigenhändig unterschriebener, lückenlos bis zum Bewerbungstermin reichender und mit Datum versehener tabellarischer Lebenslauf
- 4. eine beglaubigte Kopie meiner Geburtsurkunde
- 5. eine beglaubigte Kopie meiner Heiratsurkunde
- 6. Nachweis über Führung eines Doppelnamens
- 7. eine beglaubigte Kopie der Geburtsurkunde(n) meines Kindes/meiner Kinder
Zahl der Kinder: _____
- 7 a) ggf. Schwangerschaftsbescheinigung mit Datum der erwarteten Niederkunft
- 8. eine beglaubigte Kopie des Abschlusszeugnisses einer Realschule oder des Nachweises über einen gleichwertigen Bildungsabschluss
- 9. eine beglaubigte Kopie des Zeugnisses über den erfolgreichen Abschluss der Fachschule für Sozialpädagogik oder über das Bestehen der Prüfung als Handwerks-, Industrie- oder Hauswirtschaftsmeister/in



- 10. für Absolventen/-innen der Fachschule für Sozialpädagogik:
Nachweis über eine für die Laufbahn gem. § 62 a LVO förderliche hauptberufliche Tätigkeit von mindestens einem Jahr und sechs Monaten
- 11. ggf. Antrag auf Anerkennung einer anderen Vorbildung nach § 2 Abs. 3 APO/ Fachl. SoSch zur Prüfung im Bewerbungsverfahren
- 12. Zeugnis/se zum Antrag nach Nr. 11 in beglaubigter Kopie
Zahl der beigefügten Zeugnisse: _____
- 13. beglaubigte Kopie der Bescheinigung über den abgeleisteten Grundwehrdienst oder Ersatzdienst
- 14. Bescheinigung/en über eine frühere Beschäftigung im öffentlichen Dienst
Zahl der beigefügten Bescheinigungen: _____
- 15. Bescheinigung/en über sonstige Beschäftigung
Zahl der beigefügten Bescheinigungen: _____
- 16. nicht formgebundener Antrag auf Verkürzung des
Ausbildungsverhältnisses

Mir ist bekannt,

- ❖ dass die Zulassung zum Ausbildungsgang nur im Rahmen der verfügbaren Ausbildungsplätze möglich ist,
- ❖ dass bei Erwerb der Befähigung zur Fachlehrerin/zum Fachlehrer an Förderschulen
- kein Anspruch auf Einstellung/Ernennung zur Fachlehrerin/zum Fachlehrer an Förderschulen im Beamtenverhältnis auf Probe besteht und
- eine Einstellung/Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe nach den laufbahnrechtlichen Vorschriften grundsätzlich nur vor Vollendung des 40. Lebensjahres zulässig ist.

Außerdem habe ich die auf der folgenden Seite aufgeführten Erklärungen abgegeben zu

- meiner Straffreiheit



- meinen wirtschaftlichen Verhältnissen
- meiner Staatsangehörigkeit
- meiner jetzigen alleinigen Bewerbung
- Angaben zu hauptberuflichen Tätigkeiten

Ort, Datum

Unterschrift

Erklärungen

1. Ich erkläre, dass

- ich nicht vorbestraft bin
- ich vorbestraft bin (nähere Angaben enthält die betreffende Anlage)
- gegen mich ein gerichtliches Strafverfahren bzw. ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen eines Vergehens oder Verbrechens anhängig ist.

Ich bin darüber belehrt worden, dass ich nach § 51 Abs. 1 des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung vom 21.09.1984 berechtigt bin, mich, soweit nicht eine andere noch nicht getilgte Verurteilung oder eine gerichtliche Anordnung entgegensteht, als unbestraft zu bezeichnen, wenn der Vermerk über eine Verurteilung oder Bestrafung

1. im Bundeszentralregister (bisher Strafregister) zu tilgen ist oder bereits getilgt worden ist, bzw.
2. nicht in das Führungszeugnis aufzunehmen ist.

Das gilt auch für Strafen, die zwar im Gnadenwege erlassen, aber im Register nicht getilgt sind.



2. (Bitte erst nach endgültiger Zusage beantragen)

Ich werde am _____ gem. § 30 a Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b des Bundeszentralregistergesetzes bei der für meinen Wohnsitz in _____ zuständigen Meldebehörde die Ausstellung eines **erweiterten Führungszeugnisses** der Belegart „0“ für die Arbeit im kindernahen Bereich im öffentlichen Dienst und dessen Weiterleitung an die Zulassungsbehörde beantragen.

Dabei bitte das **erweiterte** Führungszeugnis mit der Belegart „0“ für die Arbeit im kindernahen Bereich im öffentlichen Dienst zur Weiterleitung an eine Behörde **unter Vorlage des beiliegenden Schreibens** beantragen und folgende Adresse und Aktenzeichen angeben:

Bezirksregierung Köln, Zeughausstr. 2-10, 50667 Köln, AZ: 47.2

Schulpraktikant/in.

Die Kosten für das Führungszeugnis können von hier wegen fehlender rechtlicher Grundlagen nicht erstattet werden.

3. Ich erkläre, dass ich in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebe.
4. Ich erkläre, dass ich gesund bin und frei von ansteckenden Krankheiten.
5. Ich versichere, dass
 - ich Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes bin

Bewerberinnen/Bewerber, die im Ausland geboren sind oder die deutsche Staatsangehörigkeit nachträglich erworben haben, müssen den großen Staatsangehörigkeitsnachweis erbringen. Das Gleiche gilt für diejenigen, die vor 1945 außerhalb der ehemaligen Reichsgrenzen von 1937 geboren sind.

- Großer Staatsangehörigkeitsnachweis liegt bei.



Ich versichere, dass

- ich Ausländer/in bin und folgende Staatsangehörigkeit besitze:

- 6.** Ich habe mich zu diesem Einstellungstermin bei keiner anderen Behörde in Nordrhein-Westfalen um die Zulassung in einen entsprechenden Ausbildungsgang beworben.

Ort, Datum

Unterschrift



DIE BEZIRKSREGIERUNGEN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Einstellung als Fachlehrer/in an Förderschulen / Schulpraktikant/in Beantragung eines erweiterten Führungszeugnisses

Name:

geboren am:

Sehr geehrte Bewerberin, sehr geehrter Bewerber,

im Rahmen der Bewerbung um eine Einstellung in den Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen benötigen Sie ein erweitertes Führungszeugnis gem. § 30a Abs.1 Nr. 2 Buchst. b) Bundeszentralregistergesetz (BZRG-neu-). Bitte beantragen Sie **nach Erhalt einer Einstellungszusage** bei Ihrem Einwohnermeldeamt unter Vorlage der Zusage und dieses Schreibens ein erweitertes Führungszeugnis mit der Belegart „0“ für die Arbeit im kinder- und jugendnahen Bereich im öffentlichen Dienst. **Geben Sie dabei unbedingt folgende Adresse und Aktenzeichen an:**

Bezirksregierung Köln, Zeughausstr. 2-10, 50667 Köln, AZ: 47.2 Schulpraktikant/in).

Die Meldebehörde leitet das Führungszeugnis direkt der Bezirksregierung zu. Die Kosten für das Führungszeugnis werden nicht erstattet.

Hinweis für das zuständige Einwohnermeldeamt:

Die Voraussetzungen zur Anforderung des erweiterten Führungszeugnisses liegen gem. § 30a Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b) BZRG – neu – vor, weil die Antrag stellende Person im öffentlichen Schuldienst in direktem Kontakt mit Kindern und Jugendlichen tätig werden soll.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Bezirksregierung



Angaben zu hauptberuflichen Tätigkeiten

<u>Name:</u>								
<u>Ausbildung:</u>						<u>Abschluss:</u>		
von Bewerber/in auszufüllen						von Bezirksregierung auszufüllen		
<u>Tätigkeit als</u>	<u>an Schule / Einrichtung</u>	<u>mit ... Stunden / Woche</u>	<u>Zeitraum von bis</u>	<u>a</u>	<u>b</u>	<u>c</u>	<u>d</u>	<u>e</u>
			<u>Summe:</u>					